



Das letzte Gefecht

Swissness Nach der Aufhebung des Mindestkurses wollen Wirtschaftskreise die Gunst der Stunde nutzen und das Swissness-Gesetz auf Eis legen.

DAVID VONPLON

Das Schweizerkreuz wird für die einheimische Industrie zur Last. Der Nahrungsmittelriese Nestlé kündigte vor wenigen Wochen an, bei einigen seiner Produkte künftig auf die Swissness zu verzichten. «Der Mehraufwand, der mit der Verwendung von Schweizer Rohstoffen verbunden ist, lohnt sich für uns nicht bei allen Produkten», erklärte Corporate-Affairs-Leiter Andreas Richner in der «Handelszeitung».

Ähnliche Signale kommen nun auch von Toblerone-Hersteller Mondelez: «Für uns stellt sich nach der Aufhebung des Mindestkurses die Frage, ob wir überhaupt noch exportfähig sind, wenn das Swissness-Gesetz in Kraft tritt», sagt Mondelez-Schweiz-Chef Daniel Meyer. Der Konzern erwägt nun, den «Of Switzerland»-Schriftzug sowie auch das Matterhorn von der Verpackung zu entfernen. Zugleich will er künftig das Milchpulver zur Schokoladenherstellung via Veredelungsverkehr im Ausland zu beziehen. Das Nachsehen hätten die 600 Bauernbetriebe, welche den Schokoladenhersteller mit ihrer Milch beliefern.

Es sind solche Meldungen, welche die Politik aufschrecken. In den letzten Tagen reichten Parlamentarier von bürgerlichen Parteien mehrere, zum Teil als dringlich erklärte Vorstösse zum Thema Swissness ein. Die Aargauer FDP-Nationalrätin Corina Eichenberger fordert, dass der Bundesrat die Vorlage einfacher und unbürokratischer

umsetzt. Andere Politiker wie CVP-Nationalrätin Barbara Schmid-Federer oder SVP-Nationalrätin Andrea Geissbühler gehen noch einen Schritt weiter: Sie wollen die Einführung des neuen Swissness-Gesetzes auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben – die Rede ist von einem Aufschub von mindestens fünf Jahren. Es handelt sich dabei um einen aussergewöhnlichen Vorgang: Ein vom Parlament gutgeheissenes Gesetz soll sistiert werden, noch bevor es überhaupt in Kraft getreten ist.

Der Tenor in den Vorstössen ist immer derselbe: Nach der Aufhebung des Mindestkurses durch die Nationalbank müsse der Bund die Regulierungskosten für die Unternehmen senken – und auf Massnah-

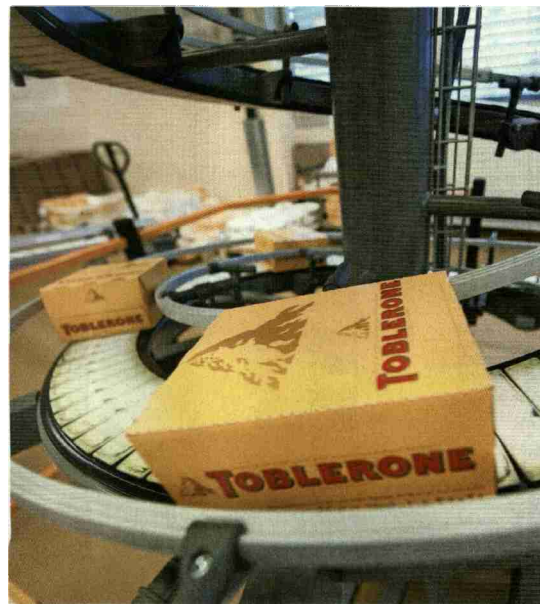
men verzichten, welche zusätzliche administrative Belastungen von Unternehmen nach sich ziehen würden. Die Swissness-Bestimmungen jedoch seien für die Firmen mit zusätzlichen Umtrieben verbunden und erhöhten die Rechtsunsicherheit für Firmen.

Gewerbeverband als treibende Kraft

Hinter den Vorstössen steht eine konzentrierte Lobbyingaktion jener Wirtschaftsverbände und Interessengruppen, die in der parlamentarischen Swissness-Debatte unterlegen sind und sich jetzt, nach der Aufhebung des Mindestkurses, noch einmal aufbäumen. Sie wollen die Gunst der Stunde nutzen und das bürokratische Regelwerk doch noch versenken – oder zu-

mindest auf Eis legen. Da der Entscheid für eine strenge Swissness-Gesetzgebung in der Parlamentsdebatte knapp ausfiel, hoffen sie, das Blatt mit ein paar zusätzlichen Stimmen doch noch wenden zu können.

Treibende Kraft hinter der Widerstandsbewegung ist der Gewerbeverband. Er hat die strengen Swissness-Vorgaben von Anfang an als hinderlich



Toblerone-Produktion: Das Milchpulver könnte schon bald aus dem Ausland stammen.

«Die Firmen können sich eine weitere Benachteiligung nicht leisten.»

Rudolf Horber
Gewerbeverband



Handelszeitung
8021 Zürich
043/ 444 59 00
www.handelszeitung.ch

Medienart: Print
Medientyp: Publikumszeitschriften
Auflage: 37'909
Erscheinungsweise: wöchentlich

Themen-Nr.: 999.211
Abo-Nr.: 1095889
Seite: 12
Fläche: 67'765 mm²

für die KMU-Wirtschaft kritisiert. 60 Prozent der Produktionskosten müssen fortan in der Schweiz stattfinden, damit die Firmen das Gütesiegel Schweiz verwenden dürfen. International üblich sei jedoch bloss, dass bei gewerblichen und industriellen Produkten 50 Prozent aus dem Inland stammen müssen. «Gerade angesichts der Kostennachteile aufgrund der Frankenstärke können sich die Firmen eine weitere Benachteiligung nicht leisten», sagt Rudolf Horber, beim Gewerbeverband für das Swissness-Dossier zuständig.

Ebenfalls auf einen Aufschub drängt die IG Swiss Made stark, die 30 mittelständische Uhrenfirmen vereint. Erich Mosset, Chef des Baselbieter Uhrwerkhersellers Ronda, argumentiert, dass mittelständische Uhrenproduzenten fortan mehr kostspieligere Schweizer Komponenten beschaffen müssten, um die strengen Swissness-Vorgaben zu erreichen. Eine weitere Verteuerung der Uhren im Euro-Raum würden die Konsumenten indessen nicht akzeptieren. Überdies müsse die Branche überhaupt erst eine unabhängige Schweizer Zuliefererindustrie aufbauen. Und dafür brauche man mehr Zeit.

Zuspruch erhalten die Bestrebungen auch in der MEM-Industrie. «Die unnötig strengen Swissness-Vorgaben reduzieren die Flexibilität, auf Währungsturbulenzen mit Beschaffung im Ausland oder Verlagerungen ins Ausland zu reagieren», sagt Swissem-Präsident Hans Hess. Es sei richtig, wenn die Politik auf eine wirtschaftsfreundliche Ausgestaltung des Swissness-Gesetzes poche. «Wir würden einen Marschhalt begrüssen», erklärt Swiss-Mechanic-Direktor Oliver Müller.

Economiesuisse in der Defensive

In Zurückhaltung übt sich derweil Economiesuisse. «Wir haben nicht vor, die Swissness-Vorlage zu blockieren», sagt Marlis Henze, im Verband für das Dossier Swissness zuständig. Sie weist darauf hin, dass die Bedürfnisse der einzelnen Verbandsmitglieder sehr unterschiedlich sind, und räumt ein: «Es ist keine einfache Gemengelage.»

Dem Verband sitzt immer noch der (später zurückgezogene) Austritt des Uhrenverbands in den Knochen. Vor zwei Jah-

ren kam es zum Eklat, weil sich Economiesuisse für eine Abschwächung der Swissness-Vorgaben für die Industrie eingesetzt hatte. Daraufhin kündigte Swatch-Group-Chef Nick Hayek seine Mitgliedschaft beim Verband. Tritt Economiesuisse nun für eine Sistierung der Swissness-Vorlage ein, könnte dies zu einem neuerlichen Zerwürfnis führen. Beim Verband der Schweizerischen Uhrenindustrie FH zeigt man denn auch wenig Verständnis dafür, dass nun die Swissness-Vorlage wegen der Frankenstärke zurückgestellt werden soll. «Das Gesetz tritt ohnehin nicht vor 2017 in Kraft. Mit den vorgesehenen Übergangsfristen wird die Industrie frühestens im Jahr 2018 konfrontiert», betont Verbandspräsident Jean-Daniel Pasche. Eine Sistierung der Swissness-Vorlage trage damit nicht zur Lösung der aktuellen Problematik mit dem starken Schweizer Franken bei.

Mehr zum Thema

Kommentar Seite 22

SWISSNESS-GESETZ So viel Schweiz muss drin sein

Vorgaben Wer sein Lebensmittelprodukt mit dem Schweizerkreuz vermarkten will, muss mindestens 80 Prozent der Zutaten in der Schweiz beziehen. Milchprodukte dürfen gar nur dann als schweizerisch etikettiert werden, wenn sie zu 100 Prozent im Inland produziert wurden. Für Industrieprodukte müssen 60 Prozent der Herstellungskosten in der Schweiz anfallen. So will es das Swissness-Gesetz, das 2013 vom Parlament abgesegnet wurde.

Verordnungen Der Bundesrat ist derzeit daran, die Ausführungsverordnungen für das Gesetz zu definieren. Das Swissness-Paket soll auf den 1. Januar 2017 in Kraft treten.